

EXTRA-AUSGABE DER STADTZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Diesmal kann man eigentlich nur die DKP wählen!

Die Kommunalwahl '81 ist in unserer Stadt diesmal eine besondere Wahl. Alles dreht sich im Grunde um das geplante große Umweltverbrechen Startbahn/West.

Alle Parteien haben sich vor Ort dagegen ausgesprochen.

Sind deswegen alle wählbar? Wir meinen, wenn der Wähler so tut, als wäre nichts geschehen, wenn er wie früher SPD, CDU und die Kreis-FDP wählt, dann reibt sich die Wiesbadener Abholzfraktion die Hände. Man kann es drehen und wenden wie

man will, wenn am 22. März nicht wirklich sichtbar anders gewählt wird, dann werden noch am Wahlabend Börner, Dregger und Karry sagen: „mit dem Widerstand der Bevölkerung ist es nicht weit her, unsere Parteien erlitten keine Verluste!“

Es bleibt dabei:

Die wichtigste Aufgabe am 22. März heißt: mit dem Wahlzettel gegen die geplante ungeheuerere Zerstörung unserer Heimat zu protestieren!

Wir sagen, der wirksamste Protest heißt: DKP wählen!

Ein Wort an die seitherigen Wähler der SPD

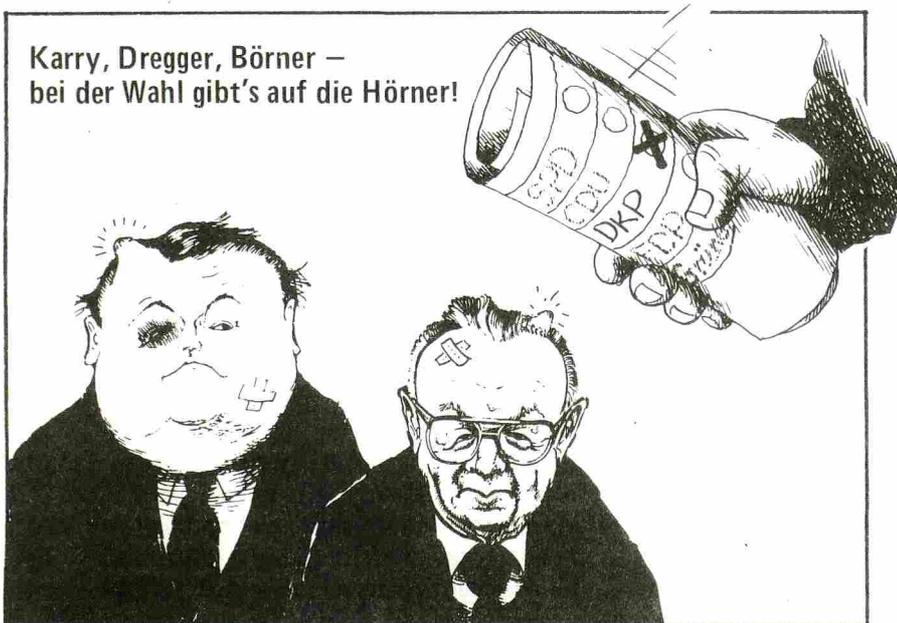
„Einen CDU-Bürgermeister wählen wir nicht!“

Viele Wähler, die in unserer Stadt seither SPD gewählt haben, sind verunsichert. Manche sagten uns, ich will keinen CDU-Bürgermeister, was soll ich wählen?

Dazu erklären wir klar und verbindlich: „Unabhängig wie das Kräfteverhältnis im künftigen Stadtparlament sein wird, einen CDU-Bürgermeister werden die DKP-Stadtverordneten im Jahre 1983 nicht wählen!“

Die DKP ist ein stabiler politischer Faktor in unserer Stadt, darauf kann man sich verlassen. Die meisten seitherigen Wähler der SPD, aber auch die Sozialdemokraten selbst, wissen das. Viele seitherige SPD-Wähler werden möglicherweise bei kommenden Burdestagswahlen wieder die SPD wählen. Viele stimmen nicht in allen Punkten mit der DKP überein. Aber bei der Kommunalwahl werden sie die DKP wählen. Weil man die DKP-Kandidaten als aktive und einsatzbereite Menschen kennt und weil man den Landtagsparteien einen Startbahn-Denkzettel verpassen muß.

Karry, Dregger, Börner – bei der Wahl gibt's auf die Hörner!



Schwarz, Rosa oder Grün – eine Alternative ist nicht zu sehen!

Wenn man die drei anderen Parteien, die zur Kommunalwahl in unserer Stadt antreten beleuchtet, merkt man, daß sie einiges gemeinsam haben. Alle stützen ein Gesellschaftssystem, in dem der Profit der Reichen alles, der Mensch nichts gilt. Deshalb bleiben ihre Aussagen zum Umweltschutz halbherzig, deshalb wissen sie keinen Ausweg aus der Finanzmisere unserer Stadt.

CDU – eigentlich dürfte sie kein Arbeiter wählen!

Wenn Arbeiter und Angestellte und ihre Gewerkschaften höhere Löhne und Gehälter fordern, ergreift die CDU stets Partei für die Unternehmer gegen die berechtigten Arbeiterforderungen. Zu den Riesengewinnen der Unternehmer sagen sie nichts.

Die CDU trägt zwar das „C“ im Namen, aber sie ist alles andere als eine christliche Partei. Sie ist die Partei von Strauß und Dregger, sie ist Anwalt des Kapitals. Eigentlich dürfte sie schon deshalb kein Arbeiter wählen.

Im Stadtparlament hat sie in den vergangenen Jahren stets für höhere finanzielle Belastungen der Bürger, für die Erhöhung der kommunalen Gebühren gestimmt.

In der Bewegung gegen die Startbahn/West gab es in unserer Stadt bisher nur wenige aktive CDU-Streiter. Die anderen sind inaktiv, legen sich nicht fest oder vertreten die Linie der Startbahn-Durchpeitscher Dregger und Wallmann.

Als im Herbst die anderen Frak-

tionen aus Protest gegen die Startbahn-Pläne zurücktraten, fiel die CDU mit ihrem Verbleiben im Stadtparlament den Bürgern, die aktiv kämpften, in den Rücken. Das darf man nicht vergessen.

SPD – keine konsequente Politik für die arbeitenden Menschen!

In Bonn, Wiesbaden und in unserer Stadt regieren seit Jahren Sozialdemokraten. Der Bonner Minister, der mit seinem „Tornado“ immer größere Finanzlöcher reißt, heißt Apel und ist in der SPD. Die Sozialdemokraten, die zwar betrübt sind, weil die Stadtkasse leer ist, sind nicht bereit, aktiv gegen die Ursachen der Finanznot zu kämpfen, weil sie dann gegen ihre Parteifreunde in Bonn und Wiesbaden auftreten müßten. Lieber erhöhen sie die kommunalen Gebühren und belasten damit die Bevölkerung. Vor Wahlen schmücken sich die Sozialdemokraten in unserer Stadt gern mit fremden Federn. So kann man auch in der diesjährigen SPD-Bilanz leider wieder vieles finden, was andere beantragten. Dies ist außerordentlich befremdend für die Bürger, die sich in der Kommunalpolitik auskennen.

Vergessen darf man auch nicht, daß es Sozialdemokraten waren, die über die Köpfe der Bürger hinweg, die Städte-Fusion durchsetzten, die den Bürgern bis heute nichts, aber auch garnichts gebracht hat. Eine Reihe anderer kommunalpolitischer Fehlent-

scheidungen gehen ebenfalls aufs SPD-Konto.

Zu nennen sind hier vor allem der Kanalverbund zwischen Walldorf und Mörfelden und die Kreismülldeponie. Für die 20 Millionen, die diese Kanalverbindung kostet, hätte man in Walldorf die Kläranlage auf den neuesten Stand bringen können. Einen katastrophalen Ausgang kann uns die Mülldeponie bringen. Wenn unsere Trinkwasserbrunnen verseucht sind, wird es jedenfalls ein böses Erwachen geben. Man sieht, es gibt eine Reihe von Gründen der SPD am 22. März einen Denkkzettel zu verpassen.

„Grüne Bürgerliste“ – kein Ausweg!

Einen konsequenten Arbeiterstandpunkt, Politik für die Arbeiter und Angestellten, für die Mehrheit der Bevölkerung, kann diese Gruppierung von ehemaligen CDU-, FDP- und SPD-Mitgliedern, von „Grünen“ und Anhängern des maostischen KBW und anderen nicht aufbringen. Die Gegnerschaft zur Startbahn/West allein ist keine ausreichende Grundlage für eine notwendige kritische Opposition in einer Arbeiterwohnstadt wie Mörfelden-Walldorf.

Bei dieser Liste sind zuviele Meinungen unter einen Hut zu bringen, das merkt jeder, der ihr Programm aufmerksam durchliest. Auf der Bürgerliste sind zweifellos eine Reihe von aktiven Gegnern der Startbahn/West. Es gibt aber vor allem an der Spitze der Liste einige ehrgeizige Politiker, die ein neues politisches Comeback versuchen. Sie sind im inneren Sozialdemokraten und CDU-

Habt Ehrfurcht vor dem Baum.
Er ist ein einziges großes
Wunder und euren Vorfahren
war er heilig.
Die Feindschaft gegen
den Baum ist ein Zeichen der
Minderwertigkeit eines Volkes
und von niederer Gesinnung
des Einzelnen!

Alexander von Humboldt

Leute geblieben, was man bei künftigen Abstimmungen im Parlament sehr schnell merken wird. Die Bürger, die sich ein wenig auskennen, haben darüberhinaus gemerkt, daß an der Spitze der „Grünen Liste“ mit Rudolf Schmidt (früher FDP), Bruno Cezanne (früher SPD) und Kurt Dickhaut (früher CDU) Kommunalpolitiker stehen, die vor einigen Jahren die Fusion unserer Stadt energisch durchsetzten. Heute treten sie gegen ein „Zubetonieren der Landschaft“ auf, die Grundlage dazu haben sie allerdings selbst geliefert.

Alle Bürger, die in Vereinen tätig sind, sollten wissen, daß die „Bürgerliste“ für eine „Sanierung der Wirtschaftsunternehmen Bürgerhaus und Stadthalle“ eintritt.

Das heißt nichts anderes, daß die Vereine künftig höhere Saalmieten bezahlen sollen. Wir hätten nicht gedacht, daß eine solche lebensfremde und unsoziale Forderung in unserer Stadt auftauchen würde.

Wir werden jedenfalls künftig noch genauer die Arbeit dieser „basisorientierten Organisation“ in Mörfelden-Walldorf daran messen, was ihre Vertreter konkret vorschlagen und was sie wirklich tun, ob sie sich von den Interessen der arbeitenden Menschen unserer Stadt leiten lassen, oder aber sich zu Vollzugsorganen einer Politik machen, die gegen die Interessen der Bürger gerichtet ist.

Rufen Sie uns an, wir helfen Ihnen ins Wahllokal zu kommen.

Wählen ist diesmal besonders wichtig. Wenn Sie es wünschen, wir sind bereit, Ihnen am Wahltag zu helfen, Sie abzuholen und per Auto ins Wahllokal zu fahren.

Rufen Sie bei Rudi Hechler, Hochstraße 22 an, Telefon 2 23 62.



Wer Kinder liebt, nicht nur die seinen;
wer Frieden will, nicht nur für sich;
wer für Recht ist, nicht nur für seines;
wer Ausbeutung haßt und dagegen kämpft;
wer meint, was alle schaffen, muß alle reicher machen;
wer weiß, daß die Welt zu verändern ist;
der ist im Grunde ein Kommunist!

PETER MAIWALD

Den Kindern zuliebe keine Startbahn West!

Jeder, der Kinder oder Enkel hat, macht sich Sorgen um die Zukunft.

In unserer Stadt ist es vor allem die Sorge, ob wir morgen hier noch gesund leben können.

Die vielen Menschen, die gegen die Startbahn/West auf die Straße gehen, wissen, daß im Interesse des Profits von Millionen, die Lebensgrundlage für Millionen Menschen gefährdet wird.

Aber es gibt noch viele andere, ebenso gefährliche Pläne, die die Zukunft bedrohen. Wenn die neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen in unserem Land stationiert werden, dann ist mehr als der Wald, dann ist der Frieden in Gefahr. Raketen sind Magneten, sie ziehen als erstes Gegenschläge an.

Wer will, daß die Kinder eine Zukunft haben, muß aktiv werden, muß sich für Abrüstung in West und Ost, für den Frieden einsetzen. Weniger Rüstung heißt gleichzeitig mehr Geld für die Gemeinden, für notwendige soziale Einrichtungen. An diese Zusammenhänge sollte man am Wahltag auch einmal denken.

Rudi Hechler, DKP-Kandidat zur Kommunalwahl '81



Der Schriftsteller Peter Härtling und Pfarrer Karlheinz Geil waren dabei als Rudi Hechler das neue „blickpunkt“-Buch „Oktoberstage“ vorstellte. „Oktoberstage“ ist neben „Die Stadtfarbe ist rot!“ und „Merfeller Gebabbel“ das dritte Heimatbuch der DKP in unserer Stadt. Weit über 100 Großfotos vermitteln einen umfassenden Eindruck über die Geschichte des Kampfes gegen die Startbahn/West. Zahlreiche Bürger finden sich auf den Fotos wieder. Ein Andenkenbuch zum Nachdenken. Zum Preis von 15,- DM in Buchhandlungen und bei den Mitgliedern der DKP erhältlich.

Das neue „blickpunkt“-Buch ist da!

Oktoberstage – Tage des Lernens

**Berichte, Erlebnisse, Erfahrungen
aus dem Kampf gegen die Startbahn West**

Die NATO hat auch ihre Finger drin

Einer der Gründe, warum die Startbahn 18 West gebaut werden soll, blieb aber auch von Börner unerwähnt. Man kann es nachholen:

Im Mai 1978 beschloß die NATO auf Druck der USA ihr sogenanntes Langzeitprogramm (LTDP). Es ist das Programm, das die NATO-Staaten auf eine jährliche reale (preisbereinigte) Steigerungsrate ihrer Rüstungsausgaben von 3 Prozent festlegt! In diesem LTDP ist unter anderem vorgesehen:

- der Ausbau der Luftverkehrsleitorgane in den europäischen NATO-Staaten nach militärischen Gesichtspunkten;
- der Ausbau der Flughafenkapazitäten sowie analoge Maßnahmen auf dem Gebiet des Seeverkehrs;
- die Vergrößerung des Umfangs der bereits in den europäischen NATO-Staaten eingelagerten Waffen- und Ausrüstungsbestände.

Zur Begründung heißt es im LTDP wörtlich (!): „Der schnelle Transport von Verstärkungen für die Streitkräfte der NATO in Europa ist sowohl der Konzeption als auch dem Maßstab nach ohne Beispiel. Er umfaßt die Verlagerung von mehr als einer Million Menschen und einiger Millionen Tonnen Ausrüstungen und Waffen auf den See- und Luftwegen in maximal kurzer Frist...“

Hierin scheint also ebenfalls der Inhalt des Begriffs „Knotenpunktfunktion des Rhein-Main-Flughafens“ zu liegen! Wir befürchten, hierin liegt auch ein wichtiger Grund für die kompromißlose Pro-Ausbau-Haltung aller führenden Politiker unseres Landes, einschließlich Börner, Wallmann und Karry: Es geht dabei auch um die Durchführung eines NATO-Beschlusses!

Postenjäger

Schön bunt und aufwendig lächeln sie uns aus dem 20.000-Mark-Prospekt entgegen. Die Kandidaten der CDU haben sich unter dem Stadtwappen ablichten lassen, damit der Eindruck entstehen soll: Dies sind die offiziellen, die wahren Vertreter unserer Stadt. Dabei haben sie sich nicht geniert, alle Titel ihrer momentanen Parlamentspositionen anzugeben, obwohl man weiß, daß sie ihnen nur zufielen, weil die anderen zwei Parteien ihre Mandate aus Protest gegen die Startbahn/West niederlegten. Ein Wählervotum fehlt. Über diese Instinktlosigkeit kann man nur mit dem Kopf schütteln.

Sie, die Schwarzen, geben sich als die besten Grünen. Sie schreiben zu ihrem Fraktions-Chef Jung: „Seine Argumente haben auch auf Landes- und Bundesebene Gewicht.“ Man wird sich fragen, wo diese gewichtigen Argumente in Sachen Startbahn waren, denn sowohl Landes- als auch Bundes-CDU befürworten die FAG-Pläne.

Schaumschlägerei ist eben noch keine Politik, Rhetorik ersetzt keine Argumente. Wer die Hoechst AG so vehement verteidigt, der ist als Hüter unserer Umwelt unglaubwürdig. Nicht mit Köpfen, sondern mit politischen Vorstellungen sollte im Wahlkampf geworben werden. So ist es symptomatisch für diese Partei, daß sie zwar im November die Kandidaten aufstellt, doch erst ein Vierteljahr später ihr Programm herausgibt.

„Siehe, ihr seid aus nichts, und euer Tun ist auch nichts; und euch zu wählen ist ein Greuel.“ (Jesaja, Kap. 41,24).

RD



„Fastnachtsnachlese“

Die Spitzenkandidaten der DKP Mörfelden-Walldorf beim Kinderfasching der „Jungen Pioniere“ im Evangelischen Gemeindezentrum.



Über 1000 Bürger demonstrieren am 8. März, dem „Internationalen Frauentag“, in Mörfelden gegen die Startbahn/West, gegen die Stationierung neuer Raketen, für Frieden und Abrüstung. Hunderte Frauen bildeten, zum Teil mit ihren Kindern die eindrucksvolle Spitze des Demonstrationszuges.

Auf der Abschlußkundgebung am Rathausplatz wurde von allen Rednerinnen betont: „Jetzt erst recht – Keine Startbahn/West!“

Vor einer starken DKP – haben sie Regatt!

In einer Wählerinitiative für die DKP, die bisher über hundert parteilose Bürger unserer Stadt unterschrieben haben, heißt es u.a.:

„Wir sind tief betroffen angesichts der kaltlächelnden Arroganz, mit der die Landtagsparteien, die Landesregierung und die FAG, die immer wieder und einhellig geäußerte Ablehnung der Startbahn/West-Pläne mißachten.

Wir haben für uns deshalb eine wichtige Entscheidung getroffen: Wir werden bei den kommenden Kommunalwahlen im März 1981 ein weit über die Grenzen unserer Stadt hinauswirkendes Zeichen setzen: Wir werden die DKP im neuen Stadtparlament so stark wie nur möglich machen! Dies wird auch in Wiesbaden und Bonn registriert!

Es gibt nichts, vor dem die selbstgefälligen und überheblichen

„Macher“ mehr Angst haben, als vor einer solchen Entscheidung. Alles andere können sie verkraften oder niederbügeln – Proteste aus ihren eigenen Reihen – auch solche kurzlebigen Aktionen in grünen und bunten Farben.

Aber vor einer starken DKP – da haben sie Regatt!

Wir dachten bis in die jüngste Zeit, wenn der Widerstand an der

Basis groß genug werde, dann würden auch die Spitzen der etablierten Parteien nachgeben. Aber es ist, als würde man einem Ochsen ins Horn petzen! Wenn jedoch alles nichts hilft, dann sollen die Herrschaften eben sehen, daß wir Startbahn-Gegner noch einen Trumpf haben: Bei der Kommunalwahl wählen wir die DKP!“

Einladung zum Wahlausklang

Alle unsere Freunde und Wähler, alle Bürger unserer Stadt, alle Pressevertreter sind herzlich eingeladen mit uns gemeinsam am Wahlabend zu feiern und zu diskutieren.

Wir treffen uns am 22. März, ab 20 Uhr im Mörfelder Zimmer des Bürgerhauses.

Für Unterhaltung ist gesorgt.

DKP MÖRFELDEN-WALLDORF

Brief der DKP-Kandidaten an SPD und „Grüne Bürgerliste“

Aus Verantwortung für den Frieden

Am 26. Februar 1981 sandte Rudi Hechler im Namen aller DKP-Kandidaten unserer Stadt einen Brief an den Ortsverein der SPD und an die „Grüne Bürgerliste“. Im Brief, auf den bis jetzt noch keine Antwort vorliegt, heißt es u.a.:

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

heute wenden wir uns in einer sehr drängenden Angelegenheit an Euch. Die Illustrierte „stern“ hat in der vergangenen Woche alarmierende Enthüllungen über amerikanische Atombombenlager in der Bundesrepublik veröffentlicht. Der Ernstfall, die Möglichkeit eines atomaren Krieges, ist keine weltfremde Spekulation. „Es gibt wichtigere Dinge, als im Frieden zu leben“ — das erklärte vor kurzem der amerikanische Außenminister Haig. In den USA wurde eine militärische Strategie entwickelt, die den „atomaren Erstschlag“ vorsieht, die eine atomare Katastrophe einkalkuliert. Neue atomare Mittelstreckenraketen sollen in unserem Land stationiert werden, mit denen der „atomare Erstschlag“ gegen den Osten geführt werden kann. Werden diese Pläne Wirklichkeit, dann ist die Bundesrepublik, besonders unsere Region, Hauptschauplatz eines atomaren Vernichtungskrieges. Diese tödliche Gefahr muß abgewendet werden. Der Verantwortung kann sich niemand entziehen. Der „stern“ hat auch darauf verwiesen, daß die neuen Mittelstrecken-Atomraketen auf von den USA genutzten Flugplätzen in der Bundesrepublik eingebunkert werden sollen.

Zahlreiche Abgeordnete des Bundestages, unabhängige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Professoren, Gewerkschafter, Pfarrer, auch hohe Offiziere der Bundeswehr haben sich aus Verantwortung für die Sicherheit und die Existenz unseres Volkes und Landes an die Öffentlichkeit mit der dringenden Bitte gewandt, alles zu tun, damit die Bundesrepublik nicht durch die Stationierung neuer Atomwaffen, durch die das militärische Gleichgewicht in Europa radikal zugunsten der NATO verändert würde, an den Rand der atomaren Katastrophe gedrängt wird.

Es ist in diesem Brief sicherlich nicht nötig, die zahlreichen Stellungnahmen, Reden und Aussagen von Abgeordneten der SPD, von Friedens- und Kon-

fliktforschern, von Journalisten und Gewerkschaftern, die sich gegen neue Atomraketen ausgesprochen haben, im einzelnen, anzuführen. Sie sind Euch nicht unbekannt.

Wir möchten in diesem Zusammenhang auf den „Krefelder Appell“ und auf die Bielefelder Initiative verantwortungsbewußter Sozialdemokraten verweisen. Es ist auch bekannt, daß die Regierungen von Holland, Belgien und Dänemark zögern, den Willen der USA und der NATO zu vollziehen und nicht bereit sind, ihr Territorium für neue Raketen zur Verfügung zu stellen. Als im Dezember des Jahres 1979 der Parteitag der SPD in Westberlin dem Drängen der USA und der Bundesregierung nachgab, und der Stationierung von Atomraketen in der Bundesrepublik zustimmte, war diese Entscheidung an die Bedingung geknüpft, daß die USA den in Wien unterzeichneten SALT-II-Vertrag vorher ratifizieren. Jetzt verweisen namhafte Sozialdemokraten mit vollem Recht darauf, daß die Voraussetzungen für ein Ja zur Stationierung von neuen Atomraketen nicht mehr gegeben sind.

Doch die Bundesregierung, die Führung von SPD und FDP sowie der CDU halten an den gefährlichen Plänen fest. Sie haben bisher nichts getan, um die vor der Brüsseler Entscheidung versprochenen Verhandlungen mit der Sowjetunion in Gang zu setzen. Im Gegenteil. Die neue amerikanische Regierung unter Reagan drängt auf die Produktion und Stationierung neuer Atomraketen. Der amerikanische Verteidigungsminister fordert sogar die Neutronenbombe. Doch Verhandlungen mit der Sowjetunion gibt es bisher nicht.

Alle vernünftigen und realistischen Vorschläge der Sowjetunion zur Eindämmung des Wettrüstens, zur Verhinderung einer lebensgefährlichen Rüstungseskalation werden in den Wind geschlagen. Die so erfolgreiche Entspannungspolitik des Beginns der 70er Jahre wird von den USA und leider auch der Bundesregierung immer mehr durch eine Politik der Konfrontation ersetzt.

Wir haben es für notwendig gehalten, auf diese erregenden Tatsachen zu verweisen, und Euch zu bitten, aus Verantwortung für den Frieden und die Sicherheit unseres Landes und unserer Region, nicht länger darauf zu verzichten, zu der gefährlichen Hochrüstungspolitik, die gegen den Willen großer Teile der Öffentlichkeit unseres Landes durchgeführt wird, Stellung zu beziehen.

Wir teilen Euch mit, daß alle Kandidaten der DKP zu den Kommunalwahlen am 22. März '81 den Krefelder Appell bereits unterzeichnet haben, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, „die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Europa zurückzuziehen“.

Wir würden uns freuen, wenn auch Kandidaten der SPD und der „Grünen Bürgerliste“ öffentlich bekunden, daß sie aus Sorge um die Zukunft unseres Landes, gegen die Gefahr eines Atomtodes initiativ werden.

Die Bürger unserer Stadt haben ein Recht darauf, vor den Kommunalwahlen am 22. März von den Kandidaten aller Parteien zu erfahren, welche Position sie in der Lebensfrage Krieg oder Frieden beziehen. Denn jedermann weiß, das Wohl unserer Stadt und seiner Bürger, erfordert vor allem die Erhaltung des Friedens, die Eindämmung der Hochrüstung und die Abrüstung. Die Städte und Gemeinden und ihre Bürger haben durch Hochrüstung und Raketenpolitik nichts zu gewinnen, sie laufen nur Gefahr, alles zu verlieren. Schon jetzt ist die immer teurer werdende Rüstungspolitik eine entscheidende Ursache für die Finanznot der Städte und Gemeinden, auch unserer Stadt.

Wir hoffen, daß unsere Sorge um Frieden und Zukunft unserer Stadt auch von Euch geteilt wird, daß Eure Kandidaten auch von sich sagen können: Wir bemühen uns, unserer Verantwortung für Frieden und Sicherheit gerecht zu werden, auch wir schweigen nicht länger angesichts der jetzt durch die Veröffentlichung im „stern“ bekannt gewordenen Tatsachen, auch wir wollen nicht, daß die Bürger unseres Landes auf einem atomaren Pulverfaß leben müssen, auch wir unterstützen die große Friedensbewegung unseres Landes gegen neue amerikanische Atomraketen, für Entspannung und Sicherheit.

Mit freundlichen Grüßen

Rudi Hechler

im Namen aller Kandidaten der DKP Mörfelden-Walldorf zur Kommunalwahl am 22. März 1981.

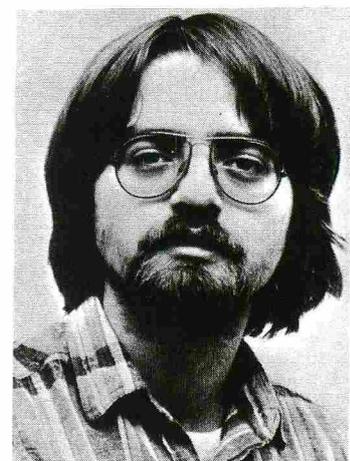
Das wollen DKP-Kandidaten



Heinz Hechler, Techniker, Ellenbogenstraße 8: „In unserer Stadt weiß man, DKP im Parlament, das lohnt sich für die arbeitenden Menschen. Wir haben mit unserem „blickpunkt“ die Kommunalpolitik durchschaubarer gemacht. Aber im Magistrat sind CDU und SPD noch unter sich. Wir brauchen mehr Stimmen, damit man „draußen sieht, was drinnen im Magistrat vorgeht!“



Rudolf Dötsch, Maschinensetzer, Schumannstraße 3: „Die kleine DKP-Fraktion hat in unserer Stadt schon viel erreicht. Daß es heute ein Ärztehaus gibt, daß wir ein Jugendzentrum haben, daß hier keine Grenzschutzkasernen gebaut wurden, daß Mitteldorf nicht weiterbaggern darf – viele Beispiele könnte man anführen. So werden wir auch künftig weiterarbeiten!“



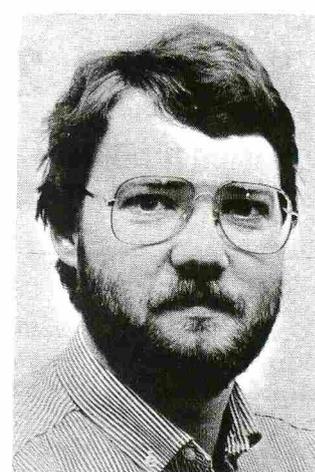
Herbert J. Oswald, Speditionskaufmann, Waldstraße 101: „Ich war seither noch nicht im Stadtparlament. Aber von der Jugendarbeit her, weiß ich, wie aktiv sich die DKP für die Jugend eingesetzt hat. Jetzt wollen wir für die Walldorfer Jugend ein Jugendzentrum, in dem vernünftige Jugendarbeit gemacht werden kann. Dafür werde ich in den nächsten Jahren meine ganze Kraft verwenden!“



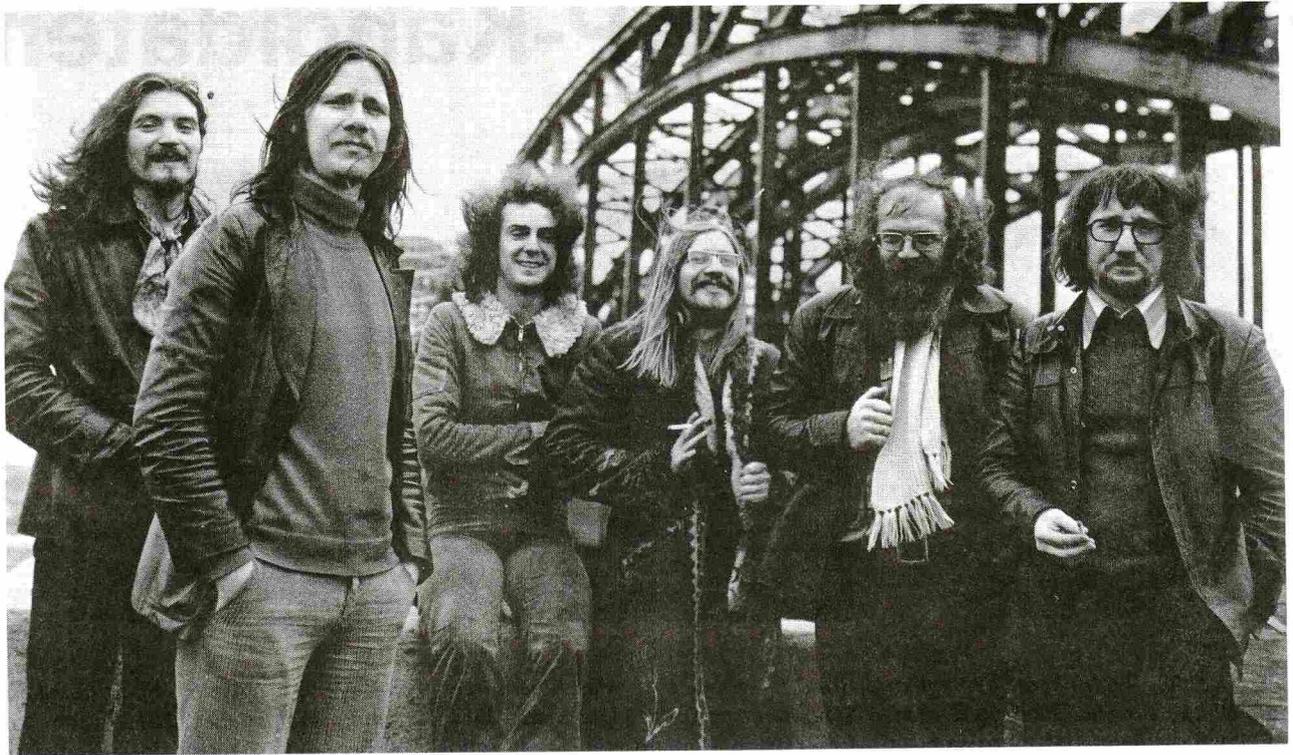
Jörg Cezanne, Lehrling, Egerländer Straße 2: „In unserer Stadt gibt es über 300 Wohnungssuchende, über 50 davon sind Wohnungsnotstandsfälle, manche haben nur neun Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung. Vor allem junge Ehepaare suchen in unserer Stadt preisgünstige Wohnungen. Sie können keine 700,- DM Miete bezahlen. Diese Entwicklung kann nicht so weitergehen. Um diese Fragen werden wir uns verstärkt kümmern!“



Waltraud Träger, Hausfrau, Hochstraße 6: „Der Kinderhort in Mörfelden, der vor allem auf Initiative der DKP durchgesetzt wurde, hat sich voll bewährt. Wir brauchen jetzt für Walldorf einen Kinderhort und weitere Kindereinrichtungen. Vor allem sollte bald eine Kinderkrippe eingerichtet werden. Es gibt z. Zt. einen Bedarf von über 50 Krippenplätzen. Viele Mütter können die Kosten für „Tagesmütter“ nicht aufbringen!“



Gerd Schulmeyer, Student, Wolfsgartenstraße 2: Die DKP legt seit vielen Jahren großes Gewicht auf die Kulturarbeit. Mittlerweile gab es unzählige Abende mit Liedermachern und Theatergruppen. Internationale Folkloregruppen haben ebenso ihren Platz, wie große Orchester. Das städtische Kulturprogramm realisierte ebenfalls viele DKP-Vorschläge. Auf diese Arbeit sind wir stolz. Wir werden sie auch künftig fortsetzen!“



Floh de Cologne

in Walldorf

mit der Rockoper „Koslowsky“

Samstag, 21. März 1981, Stadthalle

Karten für DM 5,- in den Vorverkaufsstellen und bei den Mitgliedern der DKP und SDAJ

Die Rock-Oper KOSLOWSKY erzählt die Story von Rudi Koslowky, vertrieben aus dem Paradies, „wo schwarze Lippen in ein Guinness tauchen/ wo bleiche Gymnasiasten den Afghanen rauchen/ wo die Flipperkugel an den Bonus prallt/ wo ein Besoffener auf die Fresse knallt“, niedergefahren nach Bayern in die kleine Stadt mit der großen Hütte, die 1945 fast ans Volk, dann aber (1951) doch wieder an den Kriegsverbrecher und Milliardär Friedrich Flick und schließlich (1977) an den Klöckner-Konzern „gefallen“ ist. Wo Rudi Koslowky das Glück unverhofft lacht, und wo er doch Heimweh fühlt nach der Südkurve beim MSV Duisburg. Wo er endlich zuhause ist, und wo ihn doch die große Wut packt.

Wo er zuschlägt und wo er spurlos verschwindet.

Die Rock-Oper KOSLOWSKY handelt von der Abschaffung der Arbeiterklasse, vom Lindenbaum, vom Rat der eurogemeinen Götter über den Wolken, wo die Freiheit wohl grenzenlos sein muß, von der „Prinzessin auf der Nadel“ und von einem Kanzlerkandidaten, der in der kleinen Stadt versichert, daß „die Maxhütte bei uns in guten Händen ist“.

Die Rock-Oper KOSLOWSKY entstand unter passiver Mitarbeit des „Handelsblattes“, der FAZ, des „Capitals“, der EG-Kommission, des Bundeswirtschaftsministers Otto Graf Lambsdorff u.v.a.

Die Rock-Oper KOSLOWSKY entstand unter aktiver Mitarbeit der Bevölkerung von Sulzbach-Rosenberg/ Oberpfalz (Bayern), der Belegschaft der dortigen Eisenwerksgesellschaft Maximilianhütte m.b.H. (kurz Maxhütte), ihres Betriebsrates, ihrer Jugendvertretung, der IG-Metall-Verwaltungsstelle Amberg, deren 1. Bevollmächtigten Wolfgang Sieler (MdB) sowie Günter Wallraff u.v.a.

Die Rock-Oper KOSLOWSKY ist eine Floh-de-Cologne-Produktion mit Blues und Ballads, mit Rock und Pop, mit Dia-, Film- und Toncollagen, mit groteskem Theater und tempogeladener Show.